

# SCHLAGLICHT

# Nr. 3

26.1.1981

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

## SCHLAGLICHT!

### Impressum

V.i.S.d.P. AStA der  
TH Darmstadt

Redaktion:

Bernd Golle  
Gerd Stuhlfauth  
Ralf Gauselmann  
Michael Siebel  
Ulrike Bunttenbruch

Redaktionsschluß für Nr.4:  
30.3.1981

Herausgeber: AStA der T H D

## INHALT

Was macht der AStA mit unserem Geld?	.....1
Warum Mittelkürzungen kein partikulares Interesse sein können	.....4
Arbeitskreis Polen gegründet	.....5
RCDS für überregionale Studentenvertretung	.....7
Veranstaltungen	.....8

### WAS MACHT DER ASTA MIT UNSEREM GELD?

Diese Frage stellt sich immer wieder, aber besonders dann, wenn es darum geht, zu Beginn eines neuen Semesters seinen Beitrag von 10 DM zu entrichten. Aus diesem Grund wollen wir den Haushaltsplan des AStAs für das Jahr 81 im Vergleich mit dem Jahr 80 vorstellen und in einigen Punkten näher erläutern.

Jeder Haushaltsplan wird zu Beginn eines neuen Jahres dem Studentenparlament ( STuPa ) vorgelegt und nach der dritten Lesung verabschiedet.

Als erstes will ich die Einnahmen näher erläutern. Bei den Posten Studentenbeiträge handelt es sich um einen geschätzten Wert für das SS81 und das WS 81/82, der von der Anzahl der voraussichtlich immatrikulierten Studenten ausgeht. Zinsen für ein festgelegtes Kapital bilden den Posten Kapitalertrag. Zusätzlich wird ein Teil des festgelegten Geldes aufgelöst ( I.3. ), um hiervon Neuanschaffungen zu realisieren bzw. neu entstandene Personalkosten zu decken.

Zu dem festgelegten Kapital muß gesagt werden, daß es sich um nicht gezahlte VDS- Beiträge ( VDS= Vereinigte Deutsche Studentenschaft ) aus den vergangenen Jahren handelt. Dies hängt damit zusammen, daß die TH-Vollversammlung 1978 in wesentlichen Punkten mit der Politik der VDS nicht ein-

verstanden war. Deshalb beschloß sie, die Gelder auf ein Konto festzulegen. Für jeden Studenten müßte eigentlich pro Semester ein Betrag von 1,20 DM an die Vds - sozusagen als Mitgliedsgebühr - bezahlt werden. Man möchte zwar nicht aus der Verfaßten Studentenschaft austreten, findet allerdings nicht alles gut, was dort geschieht. Aus diesem Grund hat man im StuPa beschlossen, die VDS projektbezogen zu unterstützen (siehe Posten 1.1 Ausgaben). Mit den "Zuschüssen und Beiträgen, LAK" wird die Arbeit der Landes-ASTen-Konferenz (LAK) unterstützt (Posten 1.2)

Gestiegen sind die Personalkosten (Posten 2.1.) Sekretärin, Geschäftsführer und die Schlaglichtredaktions-Gehälter, aber auch die Aufwandsentschädigungen für die ASTA-Referenten wurden von 550.- DM auf 600.- DM erhöht. Man geht allerdings davon aus, daß es sich um sechs Referenten handelt. Die Bürokosten, Abschreibungen und Reperaturkosten wurden deshalb erhöht, weil (wie oben schon erwähnt) einige Neuananschaffungen realisiert werden sollen.

Beim "Dispofond Vorstand" handelt es sich um eine Reserve für den ASTA, der dann benötigt wird, wenn kurzfristige Aktionen durchgeführt werden (z.B. Demo in Wiesbaden). Mit dem Posten "Reisekosten" werden Spesen verrechnet für Leute, die auf Fachtagungen (LAK, vds usw.) fahren sowie Fachschaftsreisekosten. Dem "Sozialreferat, Ausländerreferat und Infoferat" werden für ihre Tätigkeit (Infos, Veranstaltungen usw.) eigene Posten zugewiesen.

Bei dem Haushalt fällt natürlich sofort auf, daß die Posten "Rechtsberatung" und "kulturelle Veranstaltungen" gekürzt sind. Da die Veranstaltungen, im letztem Jahr nur unter mäßiger Beteiligung stattfanden, waren diese im letzten Jahr ein Verlustgeschäft, was zu einem Umdenken in der Kulturpolitik des ASTA's führte. Außerdem wurden im letzten Jahr einige Prozesse (Wahlordnung) gewonnen, wodurch dieser Posten (3.12.) nicht ausgeschöpft wurde.

Die Fachschaftsgelder werden für Infos und Flugblätter (Erstsemesterinfo) ausgegeben und sind in diesem Haushalt um weitere 1000 DM erhöht worden.

Die drei gewerblichen Bereiche des ASTAs (Schloßkeller, Busverleih und Druckerei) haben im letzten Jahr kostendeckend gearbeitet. Da man annimmt, daß dies auch in der Zukunft so sein wird, werden diese Bereiche im Haushaltsplan nicht berücksichtigt. Sollten aber mal wieder Verluste auftreten, so erscheinen sie wieder im Plan.

Als Abschluß bleibt nur noch zu erwähnen, daß es sich bei den einzelnen Posten um Erfahrungswerte aus der Vergangenheit handelt, die nicht in jedem Punkt voll ausgeschöpft werden müssen. Sollte es jedoch einmal zu einer Überziehung von Haushaltsposten kommen, so muß vom ASTA ein Nachtragshaushalt gestellt werden.

Ralf

Haushalt 1981  
(Entwurf)

	1980	1981
<b>I. Einnahmen:</b>		
1. Studentenschaftsbeiträge	235.000,--	240.000,--
2. Kapitalertrag	2.500,--	5.000,--
3. Auflösung Kapital	-----	10.000,--
	237.500,--	255.000,--
 <b>II. Ausgaben</b>		
1. Beiträge und Zuschüsse an Dritte		
1.1. wis, vds-MV-Stimmfelder	15.000,--	14.800,--
1.2. Zuschüsse und Beiträge, IAK	2.000,--	2.500,--
2. Personalkosten		
2.1. Löhne und Gehälter	60.900,--	70.000,--
2.2. AG-Vorstand	39.600,--	43.200,--
3. Sachkosten		
3.1. Büro	9.500,--	12.000,--
3.2. Telefon	6.500,--	8.000,--
3.3. sonstige Geschäftskosten	1.500,--	2.000,--
3.4. Reparaturen und Anschaffungen unter 500,--	2.000,--	5.000,--
3.5. Abschreibungen	1.500,--	5.500,--
3.10 Dispfond Vorstand	10.000,--	10.000,--
3.11. Parlamentswahl usw.	2.000,--	2.000,--
3.12. Rechtsberatung	12.000,--	8.000,--
3.13. Reisekosten	4.000,--	5.000,--
3.14. Kulturelle Veranstaltungen	10.000,--	5.000,--
3.20. Fachschaften	31.000,--	32.000,--
3.30. Sozialreferat	1.000,--	1.000,--
3.31. Ausländerreferat	1.000,--	1.000,--
3.32. Infoferat	28.000,--	28.000,--
4. Rücklagen		
4.1. Allgemeine Rücklagen	-----	-----
4.2. Rücklagen Schloßkeller	-----	-----
	237.500,--	255.000,--

Hochschulpolitische Nachrichten:

Auf der letzten Sitzung des Konvents der TH Darmstadt beschloß dieser eine neue Wohlordnung für die Hochschule. Dies war notwendig geworden, weil das hessische Hochschulgesetz Bestimmungen vorsieht, die in der bisherigen Wahlordnung nicht berücksichtigt waren. Die Streitigkeiten um die Wahlordnung mit dem Kultusminister sind somit hoffentlich gegessen. Dieser muß nun nur noch die Vorlage des Konvents genehmigen. (und dies wird er hoffentlich auch machen!)

WARUM DIE MITTELKÜRZUNGEN KEIN PARTIKULARES INTERESSE SEIN KÖNNEN

Ich möchte mit diesem Beitrag noch einmal kurz auf unsere finanzielle Lage zu sprechen kommen, besonders weil ich die Befürchtung habe, daß alles zu schnell im Sande verläuft. Nur wenn mal wieder ein akutes Problem auftaucht, wie z.B. die Mensapreiserhöhung, wird man wieder ein bißchen aktiv. Aber sonst bringt man nicht mehr die Kraft auf, sich für unsere eigenen und anderer Belange einzusetzen. So warnte auch Präsident Böhme vor einem Rückzug ins Private ( DA-Echo vom 10.1.1981 ).

Dieser Artikel soll die Problematik wieder in Erinnerung rufen, denn fast nirgendwo entsteht mehr ein Gespräch über die Ursachen und Folgewirkungen der Mittelkürzungen.

Uns Studenten, die wir in unseren Mitteln schon immer knapp bemessen waren, sei es der Wohnungsmarkt, Bafög (schon Mitte der siebziger Jahre forderte man einen Höchstsatz von ca. 700 DM) oder Studiensituation, hat man nun noch eine weitere Kürzung der Mittel vorgesetzt. Da fragt man sich doch, was soll das, schließlich brauchen die uns doch, zwar nicht alle, aber doch einige. Sie haben bestimmt auch kein Interesse daran, daß nur noch Idioten vor der "Tür des Lebens" stehen, wenn auch Fachidioten sehr gefragt sind.

Also was sollen die Mittelkürzungen, welcher Zweck steckt dahinter?

Zuerst einmal kann festgestellt werden, daß der Bundesrepublik geringere Staatseinnahmen (über Steuern) entstehen, dies wird verschärft durch ein evtl. anstehendes Null-Wachstum. Da aber Wirtschaftsanreize beibehalten werden müssen, die Einnahmen aber geringer sind, muß an irgendwelchen Stellen gestrichen werden (so erscheint es jedenfalls).

Nun, auch uns hat man die Mittel gekürzt, da ist es ganz klar, das lassen wir uns nicht gefallen und treten gemeinsam für unsere Forderungen ein. Wir haben ein Recht auf freie Forschung und Lehre und dies wird mit den Mittelkürzungen beschnitten. Aus diesem Grunde konnte eine nie erlebte Einigkeit, wie überall in der Presse berichtet wurde, erreicht werden. Sogar die Profs standen hinter uns, wo doch ihr Gehalt und ihre Stellung nicht gekürzt werden können. Es haben sogar 165 Profs einen offenen Brief an Ministerpräsident Börner geschrieben, deren Unterschriften im ASTA eingesehen werden können. Damit jeder weiß, was er von seinem Prof zu halten hat oder nicht.

Aber ich frage mich, was ich von einem Prof zu halten habe, der seine Unterschrift unter diesen Brief gesetzt hat. Denn ich meine, unsere Forderungen sind zu einseitig, zu unpolitisch. Ich möchte nur die ersten zwei Sätze dieses Briefes zitieren: "Mit großer Betroffenheit und Sorge hören wir von den für das kommende Haushaltsjahr vorgesehenen Mittelkürzungen. Kein Zweifel: Wenn das Geld insgesamt knapp ist, müssen auch die Hochschulen sparen." Wenn hinter dem Brief auch gut gemeinte Absichten standen, so verstehe ich aber nicht, wie man mit einer solchen Einseitigkeit an dieses Problem herantreten kann. Wir sehen ja, daß wir sparen müssen, aber doch bitte nicht an unserer Hochschule. Hier wird nicht nach den Ursachen gefragt, wie kommt es denn, daß das Wirtschaftswunder Bundesrepublik in seine eigene geschaffene Sackgasse gerät.

Da ist doch der Brief des Herrn Professor Dipl.-Ing. Max Bächer (Fachbereich Architektur) schon ein wenig offener. Er sieht in der Mittelkürzung auch eine Veränderung der Bildungsziele und fordert eine offene Stellungnahme zu den neuen Zielen. Aber dies kann sich die sozial-liberale Koalition auf Landes- und Bundesebene noch nicht leisten, Bildung nur noch für einige wenige zu deklarieren.

Eins ist mir klar, wenn wir es schaffen würden, daß unseren Forderungen statt gegeben würde, müßten andere darunter leiden. Zwar nicht die Militärjunta in der Türkei, die läßt andere leiden und wird dabei von der Bundesrepublik auch

noch unterstützt. Aber die sozial Schwachen in unserem Lande, die noch weniger in der Lage sind, für ihre Forderungen einzutreten. Ich möchte, nur um mal ein Beispiel zu nennen, darstellen, mit welchen Mitteln ein Zwei-Personen-Haushalt, der auf Sozialhilfe angewiesen ist, leben muß. Seit der neuesten Erhöhung von November 1980 erhält dieser Haushalt 648 DM, um zu leben. Wie dieses Leben aussieht, können sich die wenigsten von uns vorstellen. Andere Beispiele, wo die "Gürtel-enger-schnallen-Methode" am härtesten nicht nur empfunden wird, gäbe es sicher genug.

Ich will damit unsere Lage (die Lage der Studenten/innen) nicht beschönigen, sondern nur verdeutlichen, daß unsere Interessen keine Einzel-Interessen sein können.

ulli

## ARBEITSKREIS POLEN

### GEGRÜNDET

Am Donnerstag, 18.12.80, hat sich, wie in mehreren Flugblättern angekündigt, an der THD ein ARBEITSKREIS POLEN gegründet.

#### WOZU EIN ARBEITSKREIS POLEN?

Anstoß für die Gründung war die aktuelle Entwicklung in diesem Land. Diese Entwicklung, die spätestens seit Sommer 80 auch in den Ländern des "freien Westens" auf zunehmendes Interesse der Öffentlichkeit stößt, halten wir für viel zu bedeutsam, als daß sie von den politischen Gruppen an der THD (wie bisher geschehen) einfach übergangen werden kann. Daß in einem "sozialistischen Land" und dessen "klassenloser Gesellschaft" plötzlich Streiks ausbrechen, die sich von den bei uns üblichen nur in der Heftigkeit und Entschlossenheit unterscheiden, in der sie ausgetragen werden, und daß diese Streiks zu der Gründung freier Gewerkschaften führen, ist ein Novum, das zumindest allen sich irgendwie "sozialistisch" nennenden Gruppierungen völlig neue Aspekte für ihre Diskussion liefert. Und dies gilt natür-

#### WIE STELLEN WIR UNS DIE ARBEIT IM ARBEITSKREIS POLEN VOR?

lich auch für die politischen Gruppen dieses Spektrums an der THD. Um diese Diskussion nicht auf den Rahmen dieser etablierten Gruppen beschränkt zu halten, haben wir den ARBEITSKREIS POLEN gegründet.

Nach dem bisher dargestellten ist klar, daß unsere Aufgabe zunächst die Verfolgung der aktuellen Entwicklung in Polen sein muß. Das bedeutet sowohl Sammeln, Durcharbeiten und kommentiertes Veröffentlichendes von Materialien, als auch Erstellen von Analysen und Einschätzungen dieser Entwicklung.

Um aber nicht auf der Stufe eines staunenden Beobachters stehen zu bleiben, wollen wir uns weiterhin mit den Bedingungen und Hintergründen beschäftigen, die zu der heutigen Situation in Polen geführt haben. Die Arbeiterstreiks vom Sommer 80 sind ja weder vom Himmel gefallen, noch von einem Herrn namens Walesa erfunden worden, sondern sind Ergebnis einer Entwicklung, an der die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppierungen beteiligt waren. Wenn man die Be-

deutung der Arbeiterbewegung in Polen und insbesondere ihre Übertragbarkeit auf andere "sozialistische" Länder Osteuropas richtig einschätzen will, muß man sich mit der Rolle von Gruppierungen wie z.B. dem Komitee zur Verteidigung der Arbeiterrechte, der Dissidentenbewegung, der katholischen Kirche u.a. auseinandersetzen. Dazu gehört notwendigerweise auch die Beschäftigung mit der (zumindest jüngsten) polnischen Geschichte.

Zur Frage der Übertragbarkeit der Erfolge der polnischen Arbeiterbewegung auf andere "sozialistische" Länder gehört natürlich auch die Untersuchung der Wirkung dieser Bewegung nach außen. Daß sie im Westen auf großes Interesse gestoßen ist, wurde eingangs schon erwähnt (hier scheinen viele plötzlich ihre Vorliebe für starke Gewerkschaften entdeckt zu haben), daß sie auch im Osten nicht unbeachtet geblieben ist, dürfte allgemein bekannt sein.

Da, wie zu Beginn erwähnt, die Arbeit des ARBEITSKREISES POLEN den politischen Gruppen an der THD Impulse für ihre eigene Diskussion geben soll, werden wir auch die Frage zu stellen haben, inwieweit man unter den derzeitigen Verhältnissen in Polen noch von Sozialismus reden kann, ob die Ziele der Gewerkschaftsbewegung sozialistisch zu nennen sind oder ob in Polen bisher

überhaupt eine Form von Sozialismus existiert hat.

Wir müssen allerdings zugeben, daß diese auf unserem ersten Treffen diskutierten und hier zusammengefaßten Zielvorstellungen

des ARBEITSKREISES POLEN in einigem Widerspruch stehen zu dessen bisheriger Stärke von nur 4 - 5 Personen. Wir fassen sie daher nur als Anreiz für die Kommilitonen auf, die sich vielleicht selber schon über diese oder ähnliche Fragen Gedanken gemacht haben, in dem ARBEITSKREIS POLEN mitzutun. In diesem Sinne stellen die hier geäußerten Vorstellungen über die Arbeitsschwerpunkte des ARBEITSKREISES POLEN nur die Meinung seiner bisherigen Mitglieder dar, sie sind keine Grundsatzklärung, deren Akzeptieren Bedingung für eine Mitarbeit wäre. Wer also nach dem Lesen dieser Zeilen (oder trotzdem) mit uns über Polen diskutieren möchte:

#### NÄCHSTE TERMINE:

DONNERSTAG, 15.1.81, 17.00 H  
BASISGRUPPENRAUM (GEG. ASTA)

DONNERSTAG, 29.1.81, 17.00 H  
BASISGRUPPENRAUM (GEG. ASTA)

#### Hochschulpolitische Nachrichten:

Gemäß Vollversammlung- und Studentenparlamentsbeschlüssen führte der ASTA eine Umfrage bei allen Mensabesuchern durch, die erkunden sollte, ob die Studenten bereit sind, im Fall einer Preiserhöhung für das Essen ggf. einen Mensaboykott durchzuführen. Dabei stellte sich heraus, daß über 70% sich aktiv oder passiv an einem Boykott beteiligen würden. Über Durchführung und Dauer war in der Umfrage kein eindeutigen Bild zu erkennen. Mehrheitlich sprachen sich jedoch die Kommilitonen für einen einwöchigen Boykott aus. Darüber wird aber letztlich erst eine Urabstimmung beschließen können. Eindeutig war das Votum gegen die Verweigerung der Beiträge zum Studentenwerk. Fast die Hälfte sprach sich gegen eine solche Maßnahme aus, 1/4 wollte sich nicht entscheiden.

# RCDS – für eine überregionale Studentenvertretung

Der Ablauf der Aktionen gegen die Kürzungen der Mittel für die Hochschulen im Hessischen Haushaltsplan im November und Dezember 1980 zeigte eindeutig, daß das Koordinationsgremium Landesastenkonzferenz (LAK) versagt hat.

Der Bericht des AstA im Studentenparlament über die Verhandlungen mit den Asten der anderen Hessischen Hochschulen hörte sich sehr ernüchternd an.

Das Ergebnis ist bekannt: Die Studenten werteten in Wiesbaden eine Demonstration der Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft durch hohe Teilnehmerzahlen auf, in der Presse wurden sie aber völlig ignoriert. Der Sprecher eines landesweiten Studentenparlamentes wäre sicher von Presse und den zuständigen Stellen des Landes eher als kompetenter Gesprächspartner beachtet worden.

Noch extremer wirkt sich das Fehlen eines Bundesstudentenparlamentes aus: Der Bund hat eine Rahmenkompetenz in Hochschulangelegenheiten. Für die materielle Sicherung der Studenten ist die Bundesregierung sogar ganz alleine zuständig. Sie zahlt (immer weniger!) Mittel nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. Der Bund zahlt auch die Hälfte zum Bau eines Studentenwohnheims. (Die Mittel dafür wurden für 1981 ja auch niedriger angesetzt.) Sache des Bundes ist auch eine Verbesserung der Studienmöglichkeiten im Ausland und vor allen Dingen die Anerkennung der dort erbrachten Studienleistungen.

Nur eine demokratische, repräsentative Studentenvertretung ist in der Lage, die für die einzelnen Probleme verantwortlichen Personen und Gremien entsprechend zu beeinflussen!

Der RCDS hat als erster Studentenverband einen Vorschlag für den Aufbau einer überregionalen Studentenvertretung erarbeitet.

Die Zusammensetzung basiert nicht auf eigenen Wahlen, sondern erfolgt nach den letzten Wahlen zum Studentenparlament, die vor dem 1. September eines jeden Jahres abgehalten wurden. Aus den absolut für eine Studentengruppe abgegebenen Stimmen berechnen sich die Sitze im Landestudentenparlament und im Bundesstudentenparlament. Die Amtszeit dauert dann vom 1. November eines jeden Jahres bis zum 31.10. des darauffolgenden Jahres.

Das jeweilige Parlament wählt dann in getrennten Wahlgängen einen Vorstand bestehend aus einem Vorsitzenden und auf Landesebene zwei, auf Bundesebene vier Stellvertretern, die die Beschlüsse des Studentenparlamentes ausführen. Ein konstruktives Mißtrauensvotum muß jederzeit möglich sein.

Damit diese Gremien auch anerkannt werden fordert der RCDS die gesetzliche Verankerung in den jeweiligen Bundes- und Landesgesetzen. So kann verhindert werden, daß ähnliche Zustände entstehen, wie jetzt in den VDS, deren Unfähigkeit was Wohnungsnot und BAföGSicherung angeht, ja hinlänglich bekannt ist.

Mit einer überregionalen und demokratischen Studentenvertretung, die alle Studenten repräsentiert, haben die Studenten die Möglichkeit, die verlorengegangene Glaubwürdigkeit wiederzugewinnen und in Zukunft als starke und aktive Bevölkerungsgruppe dazustehen.

Aufgabe aller demokratischen Studenten muß es sein, sich für diese überregionale Studentenvertretung aktiv einzusetzen.

# fest

R O C K F E T E an der FH Darmstadt

Schöffnerstr.14

am 31.1.81 um 19.00h

mit ca. 1000 Gruppen....

Faschingsfest im Schloßkeller

am 26.1.81 um 19.30 h oder so

# demo

"SOLIDARITÄT MIT DEM VOLK VON EL SALVADOR"

AUFRUF ZUR ZENTRALEN DEMONSTRATION UND KUNDGEBUNG

WANN?: 31.1.81

WO?: FRANKFURT; Uni/Campus Bockenheimer Warte

BEGINN: 11 UHR

SCHLUSS MIT DEM VÖLKERMORD IN EL SALVADOR!

FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG DER VEREINTEN OPPOSITION FDR- FMLN!

GEGEN EINE OFFENE ODER VERDECKTE INTERVENTION DER USA ODER ANDERER  
MÄCHTE IN MITTELAMERIKA!

FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER VÖLKER LATEINAMERIKAS!

GEGEN IMPERIALISTISCHE AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG DER VÖLKER IN DER  
SOGENANTEN "DRITTEN WELT"!

# öko

Veranstaltung der Öko- Gruppe der THD:

Die Darmstädter Gruppe der Bürgerinitiative gegen den  
Bau der Startbahn West stellt sich vor!

Freitag, dem 30.1.81 um 20 Uhr im Schloßkeller!

# zdl

Am Samstag, 21. März, soll in Darmstadt eine satirisch-feierliche  
Vereidigung von Zivildienstleistenden stattfinden.

Die Vereidigung wird Hans-Dieter Hüscher vornehmen.

Genauer Ort und genaue Uhrzeit waren bei Redaktionsschluß noch  
nicht bekannt. Näheres bei:

Sozialer Friedensdienst

Kiesstraße 18, 61 DA

Tel.: 46819